Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Jena

17.04.2020

Vollzug des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG)

Teil 1: Verweis auf Thüringer Recht

I. Es wird auf die Regelungen der 2. ThürSARS-CoV-2-EindmaßnVO vom 07.04.2020 in der jeweils gültigen Fortschreibung verwiesen.

II. Es wird auf die Regelungen der Thüringer Verordnung zu Quarantänemaßnahmen für Ein- und Rückreisende zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 vom 09.04.2020 in der jeweils gültigen Fortschreibung verwiesen.

Teil 2: Neufassung Allgemeinverfügung der Stadt Jena

Der Oberbürgermeister der Stadt Jena ordnet gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) in der derzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 35 Satz 2 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG) in der derzeit gültigen Fassung folgende Allgemeinverfügung an, die an die Stelle der Allgemeinverfügung vom 31.03.2020 zu weitergehenden Anordnungen zur ThürSARS-CoV-2-EindmaßnVO vom 26.03.2020 in der Fassung der 1. Änderung der Allgemeinverfügung vom 01.04.2020 tritt:

I. Weitergehende Anordnungen zu Eindämmungsmaßnahmen

1. Einhaltung von Hygienevorschriften


   Anerkannt ist jeder Schutz, der aufgrund seiner Beschaffenheit geeignet ist, eine Ausbreitung von übertragungsfähigen Tröpfchenpartikeln durch Husten, Niesen, Aussprache zu verringern, unabhängig von einer Kennzeichnung oder zertifizierten Schutzkategorie (ausreichend sind daher auch aus Baumwolle selbstgeschneiderte Masken, Schals, Tücher, Buffs etc.)

   Diese Verpflichtung gilt für folgende Bereiche:
   - die Inanspruchnahme und Erbringung von Dienstleistungen, bei denen sich der Mindestabstand von 1,5 m nicht durchgängig einhalten lässt,
• die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs,
• das Betreten von geöffneten Verkaufsstellen,
• das Betreten von Orten zur Abgabe von Speisen und Getränken zum Mitnehmen bzw. Ausliefern,
• das Betreten der Diensträume von Handwerkern und Dienstleistern,
• das Betreten überdachter Verkehrsflächen von Einkaufszentren,
• das Betreten von Verkaufsständen von Wochenmärkten.

Darüber hinaus gilt die Verpflichtung in folgenden Bereichen:
• der Aufenthalt in geschlossenen Räumen mit mindestens einer anderen Person (insbesondere auch die Arbeitsstätte); diese Verpflichtung gilt nicht:
  o sofern der Mindestabstand von 1,5 m sichergestellt werden kann und
  o wenn im Raum pro Person mindestens 20 qm zur Verfügung stehen oder ein Hygiene- und Infektionsschutzkonzept besteht.
• generell im öffentlichen Raum, wo eine Unterschreitung des Mindestabstands von 1,5 m nicht dauerhaft sichergestellt ist.

Ausgenommen von den beiden vorgenannten Verpflichtungen ist in geschlossenen Räumen der private Wohnbereich und unter freiem Himmel das Bewegen im öffentlichen Raum von Personen, die im gemeinsamen Haushalt leben.

Von der Verpflichtung nach I. Ziffer 1. Buchstabe a) sind Kinder bis zum Schuleintritt ausgenommen.

b) Für geöffnete Einzelhandelsgeschäfte sowie für zulässige Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe ist, soweit es sich um geschlossene Räume handelt, pro 20 qm Verkaufsfläche nur einer Person Zutritt zu gewähren. Dies ist insbesondere durch geeignete Zugangskontrollen abzusichern.

2. Einzelhandelsgeschäfte, Handwerks- und Beherbungsbetriebe, Einrichtungen des Gesundheitswesens

a) Zugelassene Ausnahmen von zu schließenden Geschäften des Einzelhandels sind:
   • Stoffläden und Änderungsschneidereien

b) Handwerksleistungen sind grundsätzlich zulässig. Nicht erlaubt sind haushaltsnahe Handwerksleistungen in Gebäuden mit Menschen, soweit es sich nicht um zwingende Notreparaturen handelt.

c) In ambulanten Betrieben des Gesundheitswesens gilt Folgendes:

   • Für therapeutische Maßnahmen am Menschen ist zusätzlich zu den erforderlichen Basishygienemaßnahmen, wie sie das Robert Koch-Institut empfiehlt, der indikationsgerechte und risikoadaptierte Einsatz der folgenden Schutzkleidung (Mund-Nase-Schutz, Handschuhe, Schutzkittel, Schutzbrille) sicherzustellen.
   Das Gesundheitsamt stellt den betreffenden Einrichtungen detaillierte Informationen zu den bereichs- und behandlungsspezifisch erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Verfügung.
3. Gastronomiebetriebe

a) Betriebskantine und -cafeterien sowie ähnliche Einrichtungen sind grundsätzlich zu schließen. Für Bedienstete kann Essen zum Abholen zur Verfügung gestellt werden.

b) Gastronomische Bereiche in Beherbergungsbetrieben, bis auf den weiter zulässigen Außendienstverkauf, sind zu schließen. Für Gäste kann ein Frühstück zum Abholen oder Lieferung auf das Zimmer zur Verfügung gestellt werden.

4. Regelungen für Risikopersonen


b) Personen im Sinne von I. Ziffer 4. Buchstabe a) ist es im Stadtgebiet Jena darüber hinaus untersagt:
   • geöffnete Einzelhandelsgeschäfte zu betreten,
   • Diensträume von Handwerkern sowie Dienstleistern zu betreten,
   • Orte, an denen die Abgabe von Speisen und Getränken zum Mitnehmen bzw. Ausliefern erfolgt, zu betreten,
   • den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen,
   • überdachte Verkehrsstrecken von Einkaufszentren zu betreten,
   • Verkaufsstände von Wochenmärkten zu betreten.

c) Für Personen, die nicht Einwohner der Stadt Jena sind, und sich in einem Staat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten haben, gelten die Betretungsverbote unter I. Ziffer 4. Buchstabe b) für einen Zeitraum von 14 Tagen nach ihrer Rückkehr.

d) Personen, die innerhalb der letzten 7 Tage Krankheitssymptome (erhöhte Körpertemperatur über 37,5 Grad, trockener Husten, Atemprobleme / Kurzatmigkeit, Lungenschmerzen, akuter Verlust von Geruchs- und Geschmackssinn, erhebliche Hals- und Gliederschmerzen) aufgewiesen haben oder diese aktuell noch aufweisen (auch wenn sie sich nicht im Ausland aufgehalten haben oder keinen bekannten persönlichen Kontakt zu einer Person hatten, bei der eine Infektion mit SARS-CoV-2 im Labor nachgewiesen wurde) ist es während des Vorliegens der Symptome und für die Dauer von 7 Tagen nach der letzten Symptomatik (es sei denn, dass eine SARS-CoV-2-Infektion labordiagnostisch ausgeschlossen worden ist) untersagt:
   • den Ort ihrer beruflichen Tätigkeit betreten,
   • geöffnete Einzelhandelsgeschäfte zu betreten,
   • Diensträume von Handwerkern sowie Dienstleistern zu betreten,
   • Orte, an denen die Abgabe von Speisen und Getränken zum Mitnehmen bzw. Ausliefern erfolgt, zu betreten,
   • den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen,
II. Ergänzende Anordnungen zu Quarantänemaßnahmen für Ein- und Rückreisende

1. Häusliche Quarantäne für Ein- und Rückreisende

   a) Reiserückkehrer aus dem Ausland bzw. deren Personensorgeberechtigte sind dazu verpflichtet, sich unverzüglich, d.h. spätestens innerhalb von sieben Tagen telefonisch bei der Hotline 03641 / 49 22 22 oder per Mail an rueckkehrer@jena.de im Fachdienst Gesundheit zu melden und die Umstände des Aufenthalts im Risikogebiet (Datum, Ort, Kontakte, Personalien, Adresse) mitzuteilen.

   b) Personen nach II. Ziffer 1. Buchstabe a) mit Krankheitssymptomen sind verpflichtet, unverzüglich die Fiebersprechstunde der Stadt Jena unter 03641 / 49 33 33 zu kontaktieren. Diese Pflicht besteht unabhängig davon, ob daneben eine Meldung beim Hausarzt oder dem kassenärztlichen Bereitschaftsdienst erfolgt.


Sollte zudem während der angeordneten Quarantänezeit eine medizinische Behandlung erforderlich werden, sind die genannten Personen verpflichtet, dem Rettungsdienst sowie die sie versorgende medizinische Einrichtung (z.B. Arztpraxis, Krankenhaus) bereits vorab telefonisch über die angeordnete Quarantäne und deren Grund zu informieren.

2. Ausnahmen von der häuslichen Quarantäne

   a) Ausnahmen von der häuslichen Quarantäne gelten insbesondere für Personen, deren Tätigkeit für die Aufrechterhaltung folgender Bereiche zwingend notwendig ist:
      - Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens,
      - öffentliche Sicherheit und Ordnung,
      - Funktionsfähigkeit des Rechtswesens.

   b) Zu den begründeten Ausnahmefällen, für die auf Antrag eine Befreiung von der häuslichen Quarantäne durch das Gesundheitsamt erteilt werden kann, können insbesondere berufliche Tätigkeiten in folgenden Bereichen zählen:
      - Pflege (Alten- und Pflegeheime, ambulante Pflegedienste, Anbieter außerkrankinischer Intensivpflege),
      - Produktherstellung oder Dienstleistungen im medizinischen und pflegerischen Bereich,
      - Katastrophenschutz,
• betriebsnotwendiges Personal der Wasser- und Energieversorgung, der Entsorgungswirtschaft oder Kommunikation (Post und digitale Infrastruktur).

c) Erforderlich bei Ausnahmen von Personen in bestimmten beruflichen Bereichen ist, dass es sowohl eine betriebliche Verfahrensanweisung zur regelmäßigen Überwachung des Gesundheitszustands dieser Mitarbeiter gibt als auch ein ausreichender Schutz der Bürger, Kunden oder Patienten sichergestellt ist. Dies bedeutet insbesondere:
• unverzügliche Erfassung und Meldung beim Arbeitgeber bzw. zuständigem Betriebsarzt,
• Arbeiten am Patienten oder Kunden bzw. Kontakt zum Bürger nur mit Mund-Nasen-Schutz und Handschuhen,
• kein Kontakt zu vulnerablen Bevölkerungsgruppen, sofern dies nicht unvermeidbar ist,
• Selbstbeobachtung und Dokumentation (Fiebertagebuch) über einen Zeitraum von 14 Tagen nach Rückkehr,
• strenge Wahrung der Hygieneetikette und Abstandsregelung,

Eine Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ist nur zulässig, wenn dies unvermeidbar ist; dies ist der Fall, wenn ein Erreichen der Arbeitsstätte zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Kraftfahrzeug nicht möglich oder unzumutbar ist.

d) Für Personen, die mit dem Lieferverkehr von Waren nach Jena zuständig sind, gilt ergänzend Folgendes:
• die Person trägt bei der Entladung im Stadtgebiet und Beladung im Ausland einen Mund-Nasen-Schutz und Handschuhe,
• es wird Kontakt zu Personen im Ausland vermieden oder mindestens ein Abstand von 3 m eingehalten,
• die Person desinfiziert sich vor dem Be- und Entladen vorangegang die Hände.

III. Außerkrafttreten, Geltung und Bekanntgabe

1. Die Allgemeinverfügung vom 31.03.2020 in der Fassung der 1. Änderung der Allgemeinverfügung vom 01.04.2020 wird aufgehoben.


3. Diese Allgemeinverfügung wird am Tage nach ihrer Bekanntgabe wirksam.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Diese Anordnung ist sofort vollziehbar. Das heißt ein Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung (§§ 28 Abs. 3 i.V.m. 16 Abs. 8 IfSG, § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung). Dies bedeutet, dass die Allgemeinverfügung auch dann befolgt werden muss, wenn sie mit einem Widerspruch angegriffen wird. Beim Verwaltungsgericht Gera, Rudolf-Diener-Straße 1 in 07545 Gera kann die Anordnung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs beantragt werden.

Begründung:


Ebenso soll nach derzeitiger Kenntnis die ThürQuarantänemaßnVO bis zum 04.05.2020 verlängert werden. Die Stadt Jena hat ihre eigenen entsprechenden Regelungen auf die zwischenzeitlich ergangene Rechtsverordnung angepasst, um Widersprüche zu vermeiden, aber die wesentlichen Kernmaßnahmen weiter abzudecken.

Teil 1: Verweis auf Thüringer Recht


Die dortigen Regelungen gelten als höhere Rechtsquelle für den gesamten Freistaat. Einer nochmaligen Umsetzung durch diese Allgemeinverfügung bedurfte es daher nicht.
Teil 2: Neufassung Allgemeinverfügung

I. Weitergehende Anordnungen zu Eindämmungsmaßnahmen

Ziffer 1. Buchstabe a)
Mit dieser Regelung wird die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung fortgeschrieben.

Die Maßnahme stützt sich auf § 28 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 IfSG. Demnach kann die Stadt Jena als zuständige Gesundheitsbehörde alle notwendigen Schutzmaßnahmen treffen, die zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten, erforderlich sind.


Personen scheidet auch eine Reduzierung auf eine bestimmte Personengruppe aus. Für die Wirksamkeit wird zudem parallel durch weiterlaufende Informationspolitik der Stadt Jena darauf aufmerksam gemacht, dass die übrigen Schutzmaßnahmen (Abstand, Hygiene) durch das Tragen nicht vernachlässigt werden dürfen.


Die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung beschränkt sich auf solche Bereiche, bei denen ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht:

Bei Dienstleistungen am Menschen, wo der Mindestabstand nicht durchgängig eingehalten werden kann, ist diese Gefährdung offenkundig.

Der öffentliche Personennahverkehr ist dadurch gekennzeichnet, dass dort mit dem Aufeinandertreffen von mehreren, oft unbekannten Menschen in einem geschlossenen Raum zu rechnen ist. Insbesondere zu Stoßzeiten besteht die Gefahr, dass der notwendige Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden kann.


Von diesen infektionsschutzrechtlichen Grundgedanken ausgehend besteht die Pflicht beim Aufenthalt in geschlossenen Räumen nicht generell, sondern bei der Anwesenheit von mehr als einer weiteren Person – jedoch nur, wenn der Mindestabstand nicht gewahrt werden kann und nicht mindestens eine Fläche von 20 Quadratmetern zur Verfügung steht. Die Größe der Fläche erklärt sich wie folgt: Zur Wahrung des Sicherheitsabstands bedarf es eines Raumes von mindestens 1,50 Meter in jede Richtung (vereinfacht errechnet 3 m x 3 m ergibt dies rund 10 qm). Andernorts in Deutschland wurden insbesondere bei Verkaufsstätten oftmals jedoch 20 Quadratmeter als Mindestfläche pro Person festgelegt; ein derartiger Sicherheitsaufschlag ist auch gerechtfertigt, weil sich Menschen nicht gleichförmig immer im gleichen Abstand zueinander bewegen können. Dieser Regelungsgedanke wurde auf weitere geschlossene Räume übertragen. Die Regelung beabsichtigt im Kern vor allem einen gegenseitigen Schutz von Mitarbeitern in Unternehmen. Zwar gibt es hier Fallkonstellationen (z.B. Büroräume), wo sich die Beschäftigten weniger bewegen; die Regelung muss aber auch Geltung beanspruchen für Räumlichkeiten, wo mehrere Mitarbeiter körperliche Tätigkeiten ausführen und sich gezwungenermaßen bewegen. Schließlich ist es in Fällen, wo aufgrund der Besonderheiten der vorgegebenen räumlichen Situation eine Fläche von mindestens 20 qm pro Person nicht
sichergestellt werden kann, möglich, dass anstelle einer Verpflichtung zur Mund-Nasen-Bedeckung angepasst an die Risiken des jeweiligen Bereichs ein entsprechendes Hygiene- und Infektionsschutzkonzept aufgestellt wird. Erforderlich ist aber auch in diesem Fall, dass der Mindestabstand von 1,5 m sichergestellt ist. Schließlich gilt die Verpflichtung für den öffentlichen Raum, jedoch nur als eine Art Auffangtatbestand, falls der Mindestabstand nicht gewahrt werden kann. Klargestellt ist in beiden Fallgruppen, dass der private bzw. familiäre Bereich von der Verpflichtung natürlich ausgenommen ist.

Kinder bis zum Schuleintritt sind von der Verpflichtung befreit. Auch wenn es sich hierbei aufgrund der persönlichen Verhaltensweisen um eine Personengruppe mit durchaus relevanten Übertragungsrisiko handelt, ist eine Durchsetzung der Pflicht in dieser Altersklasse äußerst schwierig, da oftmals noch die Verständigung fehlt; Kinder im Vorschulalter empfinden erfahrungsgemäß eine Maske im Gesicht als störend und werden diese häufig entfernen.


Ziffer 1. Buchstabe b)

Ähnlich wie die Beibehaltung der Verpflichtung zur Mund-Nasen-Bedeckung kommt dieser Maßnahme ebenfalls eine wesentliche unterstützende Funktion bei einer perspektivischen Lockerung der bisher ergriffenen Schutzmaßnahmen zu – insbesondere wenn neben den bisher wegen notwendiger Grundversorgung geöffneten Einzelhandelsgeschäften zukünftig weitere Verkaufsstellen wieder öffnen werden bzw. auch andere kulturelle Einrichtungen oder ähnliche Angebote.

Ziffer 2. Buchstabe a)
Unverändert wird erweitert die Öffnung von Stoffläden und Änderungsschneidereien zugelassen, um es der Bevölkerung zu ermöglichen, die vorgeschriebene Mund-Nasen-Bedeckung gegebenenfalls selbst herzustellen.
Ziffer 2. Buchstabe b)
Ebenso unverändert sollen haushaltsnahe Leistungen untersagt werden, da durch die Tätigkeit im Haushalt mit Menschen Kontaktmöglichkeiten und damit verbunden Infektionsrisiken entstehen, die es weitestgehend zu vermeiden gilt. Ausgenommen sind zwingende Notreparaturen.

Ziffer 3. Buchstabe a)

Ziffer 3. Buchstabe b)
Auch gastronomische Bereiche in Beherbergungsbetrieben sind zu schließen. Dies erfolgt in Angleichung an die Schließung sämtlicher gastronomischer Einrichtungen. Im Falle einer Ausnahmegenehmigung zum Betrieb eines Beherbergungsbetriebes kann für Gäste ein Frühstück zum Abholen oder zur Lieferung auf das Zimmer zur Verfügung gestellt werden. In diesen Fällen wird das Infektionsrisiko als gering eingeschätzt.

Ziffer 4. Buchstabe a) und b)


Ziffer 4. Buchstabe c)
Mittlerweile wird durch § 1 Abs. 1 ThürQuarantänemaßnVO für Reiserrückkehrer aus dem Ausland im gesamten Gebiet des Freistaats Thüringens eine Verpflichtung zur häuslichen Quarantäne für den Zeitraum von 14 Tagen ausgesprochen. Für Rückkehrer mit Wohnsitz außerhalb Thüringens regelt § 2 der genannten Rechtsverordnung lediglich ein berufliches Betätigungsverbot. Darüber hinaus unterliegen diese Personen im Gebiet Thüringens und
damit auch im Zuständigkeitsbereich der Stadt Jena keinen weiteren Einschränkungen, sofern für diese aufgrund der infektionsschutzrechtlichen Regelungen in ihrem Bundesland nicht auch eine Quarantäne angeordnet ist.

Soweit Rückkehrer aus dem Ausland mit Wohnsitz in einem anderen Bundesland aus anderen als beruflichen Gründen nach Jena einreisen (z.B. Besuch) wollen, könnten sie daher uneingeschränkt die städtische Infrastruktur nutzen, d.h. Einrichtungen betreten und vorhandene Angebote nutzen. Vor diesem Hintergrund werden analog zu den vorher genannten Kontaktpersonen Betretungsverbote für konkrete infektionsschutzrechtlich problematische Bereiche mit oft erhöhtem Publikumsverkehr ausgesprochen.

Ziffer 4. Buchstabe d)


II. Ergänzende Anordnungen zu Quarantänemaßnahmen für Ein- und Rückreisende
Das Land Thüringen hat mit der ThürQuarantänemaßnVO eine landesweite Regelung für Quarantänemaßnahmen von Reiserückkehrern aus dem Ausland getroffen. Eine eigene Anordnung der Stadt Jena, wie sie vorher durch Allgemeinverfügung erfolgt war, ist für ihren Zuständigkeitsbereich daher nicht mehr erforderlich. Die nachfolgenden Regelungen verstehen sich hiervon ausgehend lediglich als regionale Konkretisierungen der landesrechtlichen Vorschriften bzw. treffen flankierende hygiene Schutzmaßnahmen auf der Basis von § 28 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 IfSG.

Ziffer 1. Buchstabe a) und b)
§ 1 Abs. 2 ThürQuarantänemaßnVO regelt allgemein die Meldepflichten von Personen in häuslicher Quarantäne gegenüber der zuständigen Behörde. Durch die Regelungen in der Allgemeinverfügung wird das Verfahren der Informationspflichten für den Bereich Jena konkretisiert, so wie es sich bereits über einen langen Zeitraum auch durch die Regelungen in den vorherigen Allgemeinverfügungen der Stadt Jena etabliert hatte. Darüber hinaus findet noch eine Konkretisierung der relevanten Krankheitssymptome statt.

Ziffer 2. Buchstabe a) und b)
In § 3 Abs. 1 ThürQuarantänemaßnVO sind Ausnahmen von der Verpflichtung zur häuslichen Quarantäne geregelt, insbesondere für bestimmte berufliche Bereiche. Einige der bislang auch in den entsprechenden Allgemeinverfügungen der Stadt Jena genannten beruflichen Gruppen sind in Abs. 1 Nr. 2 der Thüringer Verordnung erfasst, andere fehlen hingegen. Da Regelungen in der Rechtsverordnung landesweit binden sind, kann die Stadt Jena nunmehr durch Allgemeinverfügung keine Ausnahmetatbestände mehr regeln, welche
nicht von der Landesregelung umfasst sind, da sie hierdurch infektionsschutzrechtlich hinter den Vorgaben des Landes Thüringen zurückstehen würde (sog. permissive Regelung). Die Regelung in § 3 Abs. 1 am Ende der ThürQuarantänenmaßnVO erlaubt aber, dass die zuständige Behörde in begründeten Einzelfällen auf Antrag weitere Befreiungen erteilen kann. Das bedeutet: Weitere Ausnahmefälle dürfen zwar nicht durch Allgemeinverfügung geregelt werden, aber durch Einzelverwaltungsaakt.


Ziffer 2. Buchstabe c) und d)

Jena, den 17. April 2020

Stadt Jena
DER OBERBÜRGERMEISTER

Dr. Thomas Nitzsche